

Bundestag beschließt Bundesverkehrswegeplan:

FIASKO FÜR BAYERNS BEVÖLKERUNG, LANDSCHAFT, KLIMASCHUTZ UND ZUKUNFTSFÄHIGE MOBILITÄT

„Mit 278 Straßenbauprojekten in Bayern zementiert der Bundesverkehrswegeplan eine klimaschädliche und landschaftszerstörerische Verkehrsentwicklung in Bayern“, kritisiert der BN-Landesvorsitzende Hubert Weiger den Beschluss des Deutschen Bundestages zum Straßenausbaugesetz. „Das Gesetz steht damit in krassem Widerspruch zu Klima- und Flächenschutzzielen der Bundesregierung.“

„Die bayerischen Abgeordneten von CSU und SPD haben damit für mehr Lärm, Luftschadstoffe und Bodenversiegelung gestimmt. Viele bayerische Bürger werden unter den Beschlüssen leiden“, so Richard Mergner, BN-Landesbeauftragter. „Wir werden als BUND Naturschutz zusammen mit vielen Bürgerinitiativen massiv dafür kämpfen, dass viele unsinnige und naturzerstörerische Projekte nicht realisiert werden.“

Stattdessen wird sich der BUND Naturschutz weiterhin für eine zukunftsfähige Mobilität einsetzen. Dazu gehört eine Verkehrswende in Richtung Bahn-, Bus-, Rad- und Fußverkehr.

- In Bayern stehen 278 Straßenbauprojekten nur 28 Schienenprojekte gegenüber. Damit ist Bayern das Bundesland mit dem mit Abstand meisten Straßenbauprojekten.
- Das Finanzvolumen der bayerischen Projekte wird in etwa im Verhältnis 60 zu 40 Prozent zugunsten des Straßenneu- und -ausbaus angesetzt. Das entspricht für die Straße einem Volumen von ca. 18 Milliarden Euro. Der BN fordert das Verhältnis auf 75 Prozent für die Schiene und 25 vor allem für den Straßenerhalt und Lärmschutz umzudrehen.
- Insgesamt sind in Bayern Neu- und Ausbauten bei den Straßen in einer Länge von über 1800 Kilometer geplant. Das entspricht in etwa einem Flächenverbrauch von 6000 Hektar oder 8500 Fußballfeldern. Damit verstößt der Entwurf massiv gegen das Ziel von Bundes- und Staatsregierung, den Flächenverbrauch in Bayern deutlich zu verringern.

Bei vielen Projekten wird die Maximalausbauvariante in das Straßenausbaugesetz aufgenommen, obwohl umweltschonendere und kostensparende Alternativen vorgelegen haben. Eine seriöse Alternativenprüfung wurde nicht vorgenommen. So zum Beispiel beim Ausbau der A8 zwischen Rosenheim und Salzburg, wo von BN und Bürgern aus der Region eine flächensparende 4+2 Variante vorgelegt wurde. Das gilt auch für viele

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 02.12.2016

PM 112-16/LFG

Verkehr

Ortsumfahrungen, bei denen vom BUND Naturschutz und Bürgerinitiativen innerörtliche Trassenalternativen vorgeschlagen wurden, welche eine Zerschneidung der Landschaft vermeiden, wie beispielsweise an der B25 Dinkelsbühl oder der B16 in Höchstädt und Tapfheim.

Auch wurden zahlreiche Projekte in das Ausbaugesetz aufgenommen, obwohl sich die Lokalpolitik oder die Bevölkerung gegen diese Projekte ausgesprochen hat. Beispiele dafür sind die geplante Nordtangente bei Passau, die vierspurige geplante „Lechautobahn“ als Osttangente von Augsburg oder die geplante „Main-Spessart-Autobahn“ mit Umfahrung von Karlstadt.

Bei umstrittenen Projekten wurde oft der Einstieg für den weiteren Bau im Sinne einer Salami taktik in den vordringlichen Bedarf aufgenommen. So beispielsweise bei der B15 neu zwischen Landshut und Rosenheim, wo die geplante vierspurige Ostumfahrung von Landshut durch die Isarau den Druck auf den Weiterbau in Richtung Rosenheim massiv erhöhen würde.

Die Stellungnahme des BUND Naturschutz zum Bundesverkehrswegeplan, Bewertungen und Alternativvorschläge zu ausgewählten Projekten finden Sie unter:

<https://www.bund-naturschutz.de/verkehr/mobilitaet/bundesverkehrswegeplan-2030.html>

Für Rückfragen:

Richard Mergner, BUND Naturschutz Landesbeauftragter
Tel.: 0911/81878-25 oder 0171/6394370

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 02.12.2016

PM 112-16/LFG

Verkehr